

„Die Kolleginnen und Kollegen werden an den Gymnasien gebraucht“

„Zank um die sogenannten Vorgriffsstellen: Über 2500 Pädagogen wechseln 2026 planmäßig von anderen Schulen zurück an die Gymnasien. Wie soll der Schlag abgepuffert werden? Dazu liegt jetzt ein neuer Vorschlag auf dem Tisch.

Vertreter von Gymnasiallehrkräften wehren sich gegen Begehrlichkeiten aus dem Bereich anderer Schulen, die unter Personalnot leiden. Dabei geht es um mehr als 2500 Gymnasiallehrer, die derzeit auf sogenannten „Vorgriffsstellen“ übergangsweise an Grund- oder anderen weiterführenden Schulen arbeiten und von denen wenigstens ein kleiner Teil – so die Hoffnung einiger Einrichtungen – noch etwas länger bleiben könnte.

„Die Kolleginnen und Kollegen werden an den Gymnasien gebraucht“, hielt die Chefin des Philologenverbandes NRW, Sabine Mistler, dagegen. Es sei vertraglich vereinbart, „dass die Kräfte mit dem Ausbau von G9 an den Gymnasien landen“. Und damit wären diese keineswegs zu gut bedient: „Mit den Rückkehrern aus den Vorgriffseinstellungen bekommen wir ja noch nicht mal den kompletten Bedarf abgedeckt. Das dürfen wir nicht unterschätzen“, sagte sie.

Auf „Vorgriffsstellen“ arbeiten derzeit 2547 Gymnasiallehrkräfte an Grund- und anderen weiterführenden Schulen – planmäßig bis zum Sommer 2026, denn dann werden sie an den Gymnasien benötigt. Dort gibt es dann wegen der Einführung von G9, also der längeren Schulzeit bis zum Abitur, einen kompletten Schülerjahrgang mehr. Die Lehrer wurden praktisch auf Vorrat eingestellt, um für diese Lage ein Personalpolster aufzubauen, und nur an den anderen Schulformen zwischengeparkt.

Mehr Gymnasiallehrkräfte neu auf dem Arbeitsmarkt

Die Empfänger-Schulen werden von dem Abzug der Kräfte aber hart getroffen. Denn natürlich wurden die Gast-Pädagogen vor allem dorthin beordert, wo die Personaldecke viel zu kurz ist. Sabine Mistler vom Philologenverband legte nun einen Vorschlag vor, um den Effekt abzupuffern. „Man muss das Mittel der Vorgriffseinstellungen nicht auslaufen lassen. Man könnte es weiterhin nutzen, um perspektivisch für die Gymnasien vorzusorgen, aber auch die anderen Schulformen zu unterstützen“, sagte sie.

Derzeit kämen einfach noch verhältnismäßig mehr Gymnasiallehrkräfte neu auf den Arbeitsmarkt als solche für Grund- oder Haupt- und Realschulen. Das Land könnte also, so Mistlers Idee, einfach weiterhin, auch nach 2026, schon vorzeitig Gymnasiallehrkräfte einstellen, die perspektivisch erst ein oder zwei Jahre später tatsächlich benötigt würden. Die Pädagogen könnten dann für die betreffende Zwischenzeit an den anderen Schulformen zum Einsatz kommen. So gäbe es dort weiterhin Hilfe. Und die Gymnasien hätten ganz nebenbei auch noch etwas davon: Sie müssten weniger spontane Abordnungen von Kräften aus ihren bestehenden Kollegien fürchten. Solche Abordnungen werden genutzt, um Personal für maximal zwei Jahre zu verschieben, wenn es irgendwo akute Engpässe gibt.

Im Schulministerium winkt man allerdings ab. Ab Sommer 2026 „erhalten die Gymnasien – wie alle anderen Schulformen auch – ihre Lehrerstellen wieder nach Bedarf“, stellte ein Sprecher klar. „Die

Landesregierung ist sich bewusst, dass diese Umstellung Herausforderungen mit sich bringt.“ Man nehme alle Schulformen in den Blick, wolle den Übergang so gestalten, „dass Brüche in der Unterrichtsversorgung vermieden werden“, und man werde „bei Bedarf weitere Schritte unternehmen“. (...)

Der gesamte Beitrag ist am Mittwoch, 20. August 2025, in der [Rheinischen Post](#) erschienen.

Bitte beachten Sie, dass nicht alle Texte ohne Abonnement zu lesen sind.